

"Ka Moschee wär schee": ein Fall aus dem 20. Wiener Gemeindebezirk zum Thema "Islam und Öffentlichkeit"

Kübel, Jana; Pfeffer, Daniela; Stöbich, Katharina

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kübel, J., Pfeffer, D., & Stöbich, K. (2008). "Ka Moschee wär schee": ein Fall aus dem 20. Wiener Gemeindebezirk zum Thema "Islam und Öffentlichkeit". *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(4), 483-487. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281833>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

FORSCHUNGSNOTIZ

Jana Kübel/ Daniela Pfeffer/Katharina Stöbich (Wien)

„Ka Moschee wär schee“

Ein Fall aus dem 20. Wiener Gemeindebezirk zum Thema „Islam und Öffentlichkeit“

Einleitung

Die folgende Forschungsnotiz beschäftigt sich mit dem Konflikt um den geplanten Ausbau eines türkisch-islamischen Kulturzentrums des Vereins ATIB (Türkisch Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich) im 20. Wiener Gemeindebezirk. Die Brigittenau ist einer der am dichtesten besiedelten Bezirke Wiens. Von den 82.121 BewohnerInnen besitzen rund 4.230 die türkische Staatsbürgerschaft, der Anteil mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft beträgt 26,2 Prozent (Statistik Austria, 2006). 76.268 der BewohnerInnen geben an, mit Glaubensbekenntnis zu leben: 34.686 davon mit christlichem und 10.760 mit muslimischem (Statistik Austria, 2001). Seit 1996 ist der Verein ATIB im Bezirk angesiedelt und verfolgt das Bauvorhaben der Aufstockung eines ebenerdigen Gebäudes. ATIB zog das ursprüngliche Ansuchen nach einer Unterschriftenaktion gegen den Bau und auf Anraten der SPÖ Bezirksvertretung zurück und reichte 2007 neue Baupläne ein. Daraufhin formierte sich die AnrainerInnengruppe der Dammstraße, zunächst als „Grätzlgemeinschaft“, später als BürgerInneninitiative mit dem Ziel, das Bauprojekt wegen Lärmbelästigung und Parkplatznot zu verhindern. Im März 2008 wurde, trotz der Ablehnung durch die BürgerInneninitiative, mit den Stimmen der SPÖ und den Grünen, aber gegen jene von ÖVP und FPÖ, die Baugenehmigung an ATIB erteilt. Die BürgerInneninitiative kündigte Einspruch gegen das Bauvorhaben an, der Baubeginn ist seither offen. Mit der medialen und finanziellen Unterstützung des Bezirksvorsteher-Stellvertreters und FPÖ-Bezirksobmann Gerhard Haslinger sowie dem ÖVP Gemeinderat Wolfgang Aigner entwickelte sich der lokale Konfliktfall zu einem Politikum über die Bezirksgrenzen hinaus.

Unser Forschungsprojekt zum Thema „Islam in der Öffentlichkeit“ entstand im Rahmen des politikwissenschaftlichen Forschungspraktikums „Religion und Politik in Europa“ an der Universität Wien. Es widmet sich der Rekonstruktion des Konfliktverlaufs, insbesondere aber den Veränderungen der Argumentationsmuster der daran beteiligten Personen und Gruppen. Wir gehen davon aus, dass politische Parteien als „dritte Akteure“ den Konflikt instrumentalisieren und bestehende Argumentationsmuster der AnrainerInnen verändern. Die zentrale Forschungsfrage lautet: Inwiefern ist Islamophobie nur Vorwand dritter AkteurInnen und nicht Ursache des Konflikts? Warum kam es zur Transformation der Argumente im Konfliktverlauf?

Da es zum betreffenden Konflikt noch keine wissenschaftlich bearbeiteten Materialien gibt, näherten wir uns methodisch dem Thema mittels teilnehmender Beobachtung im Rahmen eines Infoabends der BürgerInneninitiative Dammstraße (Podiumsdiskussion), mittels der Rekonst-

ruktion des Falles von „innen“ durch qualitative Interviews mit Beteiligten sowie von „außen“ durch eine Medienbeobachtung der relevanten Tageszeitungen.

„Islamophobie“ als Konstrukt

Der Begriff „Islamophobie“ hat in den späten 1990er Jahren eine neue Präsenz durch die Untersuchung der „Commission on British Muslims and Islamophobia“ (Forschungsinstitut Runnymede Trust) erlangt. „Islamophobie“ beschreibt den Islam als eine „ausgrenzende Ideologie im Interesse der Schaffung von Kollektiven“ (Bunzl 2008, 73) und stellt ihn als monolithischen Block, unveränderbar sowie minderwertig gegenüber dem Westen dar (http://fra.europa.eu/fra/material/pub/muslim/Manifestations_DE.pdf). „Islamophobie“ verstehen wir in unserem untersuchten Konfliktfall als ein Konstrukt, das sich auf islamfeindlicher Rhetorik rechtspopulistischer PolitikerInnen gründet. In der Dammstraße jedoch ist eher Xenophobie gegenüber türkischen MigrantInnen die Basis der Auseinandersetzung und nicht, wie von der Medienberichterstattung meist dargestellt, die „Islamophobie“. Islamophobie ist vielmehr als Konstruktion von dritten AkteurInnen zu sehen, um WählerInnen zu mobilisieren.

Transformation der Argumente

Durch die Rekonstruktion des Konfliktverlaufs zwischen der BürgerInneninitiative und ATIB wurde deutlich: Im Konfliktverlauf fand ein Wandel der Argumentation statt, von der Parkplatznot zu einer drohenden Islamisierung. Die Entwicklung lässt sich als eine Entwicklung vom „Profanen zum Sakralen“ (Hüttermann 2006, 50) beschreiben. Darunter ist zu verstehen, dass sich mit der Politisierung des Konflikts die Argumentation immer weiter von der lebensweltlichen, rationalen Ebene entfernt und auf eine emotionale „Ebene der Gefühle“ (Hüttermann, 2006, 35) begeben hat. Die Veränderung der Argumentationsmuster der AusbaueegnerInnen lässt sich zunächst in drei zeitlichen Etappen festmachen:

- Die erste Etappe lässt sich vor der Entstehung der BürgerInneninitiative festsetzen. Im Rahmen einer „Grätzlgemeinschaft“ wurden die diversen Problemstellungen rund um den Ausbau durch AnrainerInnen in kleinen Gruppen thematisiert. Die Argumentationsweise beschränkt sich auf infrastrukturelle Probleme wie Verkehrs- und Lärmbelästigung und fand keine Resonanz in der öffentlichen Wahrnehmung beziehungsweise in den Medien.
- Die zweite Etappe beginnt ab dem Zeitpunkt der politischen Unterstützung der AnrainerInnengemeinschaft durch die FPÖ-Bezirksvertretung. Die darauf folgende Institutionalisierung der losen Gruppierung zu einer BürgerInneninitiative im Juli 2007 brachte einen Argumentationswandel mit sich, da nun zusätzlich „mangelnde Integrationsbereitschaft der Ausländer“ (vgl. Podiumsdiskussion, 10.04.2008 Brigittenauer Stadl) Eingang in die Argumentationen fand (vgl. Homepage www.moschee-ade.at).
- Den Höhepunkt erlangte der Konfliktfall im Rahmen einer durch die BürgerInneninitiative initiierten Demonstration im September 2007, die durch die Präsenz des FPÖ-Parteibosses Heinz-Christian Strache ein großes Medienecho fand. Islamfeindliche Rhetorik fand ebenso Eingang in den Argumentationsverlauf dieser dritten Etappe, wie die Tatsache, dass der Ausbau des Kulturzentrums plötzlich als „Moscheebau“ (ebd.) bezeichnet wurde.

Diese drei Etappen formieren sich in der aktuellen Diskussion zu den drei Ebenen, auf denen diskutiert wird. Als Besonderheit dieser Ebenen erweist sich ihre Gleichzeitigkeit, welche im Rahmen einer Podiumsdiskussion der BürgerInneninitiative im April 2008 sichtbar wurde. Es werden Argumente geäußert und Interessen artikuliert, die zu einer Überlappung der drei Argumentationsebenen führen. Während von direkten AnrainerInnen vermehrt die Verkehrs- und Lärmbelästigung angeführt wurde, äußerten unter anderem gerade SympathisantInnen aus anderen Bezirken vielfach eine xenophobe Einstellung. Vonseiten des Podiums, welches neben FPÖ- und ÖVP-BezirkspolitikerInnen auch mit sogenannten ExpertInnen besetzt war, trat eine zum Teil recht offen islamfeindliche Argumentation zutage. Neben einer „schleichenden Islamisierung“ (vgl. Homepage www.moschee-ade.at) war vom „Islam“ als monolithischem Block, unvereinbar mit westlichen Werten, die Rede. Hier kommt es zu einer „Komplexitätsreduktion“ indem „der Islam als eigentliches Problem“ identifiziert wird (Schiffauer, 2006, 114f.). Dadurch wird der Islam zur Bedrohung der Mehrheitsgesellschaft (in diesem Fall der AnrainerInnen). Mit der letzten Ebene wird die rationale Diskussion rund um den Konfliktursprung unterbunden und eine gemeinsame Lösung nicht mehr verhandelbar. Die infrastrukturelle Grundlage der ersten Ebene wird hierbei zusehends als „Scheinargument“ (Bauer 2007, 7) verwendet.

Von Gästen und Grenzen

Nachdem die erste Generation muslimischer EinwandererInnen in „Hinterhofmoscheen“ (Bauer 2007, 6) ihre religiöse Identität, abseits der Wahrnehmung der Mehrheitsbevölkerung ausübte, ist in diesem Konfliktverlauf das wachsende Selbstbewusstsein der MuslimInnen, verstärkt durch das Bewusstsein ihrer Rechte als österreichische StaatsbürgerInnen ein einflussnehmender Faktor des Konflikts. So kreiert sich eine neue Rolle als StaatsbürgerIn im Konzept des „Gastrechts“ (vgl. Pitt-Rivers 1992) und die bisherigen „Gäste“ werden zum „Teil des Binnenraumes“ (Schiffauer 2006, 113). Diese neue Position muslimischer BürgerInnen „auf Augenhöhe“ schürt die Angst, „nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein“ (Anrainer, Podiumsdiskussion, am 10.04.2008). Die BürgerInneninitiative beansprucht als Teil der Mehrheitsgesellschaft Vorrechte gegenüber den „Fremden“ und „Neuhinzugekommenen“.

In der Konstruktion von Fremden wird ein Spezialfall sichtbar. Hierbei handelt es sich nicht um ein klassisches Bild des „Orientalen“, sondern um eine Art des „frontier orientalism“ (Gingrich 1999, 29), der sich als eine Gegenüberstellung von TürkInnen und ÖsterreicherInnen im Kontext der „Türkenbelagerungen“ manifestiert. Dies fließt in die xenophoben Argumentationsmuster ein und nimmt als Erinnerung an das historische Ereignis eine identitätsstiftende Funktion ein. Eine vermeintliche „Dritte Türkenbelagerung“ wird politisch behauptet (Kritzinger/Steinbauer 2005, 113). Erwähnung findet diese Art des kollektiven Gedächtnisses im Konfliktfall in der Dammstraße, indem die Brigittenau als „historischer Boden“ (Christian Zeitz, Podiumsdiskussion, am 10.04.2008) bezeichnet wird, auf welchem erneut die türkische Bedrohung abgewendet werden soll.

Während also Xenophobie gegenüber türkischen MigrantInnen fest verankert ist, ist Islamophobie in diesem untersuchten Konfliktfall Teil politischer Instrumentalisierung durch die FPÖ. Letzteres ermöglicht die Platzierung der eigenen Wahlkampfthemen und die allgemeine Profilierung in Parteienwettbewerb. „Der Islam“ hat sich nicht nur zu einem gesellschaftlichen, sondern vor allem auch politischen „Kristallisationsereignis“ (Mannheim 1964) entwickelt und europaweit zum Wahlkapital formiert. In unserem Konfliktfall wird der gesellschaftlich xeno-

phobe Nährboden also für ein neues politisches Potenzial und eine Entwicklung hin zu „Islamophobie“ genutzt.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bauer, Werner T. (2007). Kopftuch und Minarett. Eine Erregung, Wien.
- Bunzl, Matti. (2008). Zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Überlegungen zum neuen Europa, in: John Bunzl/Alexandra Senfft (Hg): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost, Hamburg, 53–75.
- Gingrich, Andre (1999). Österreichische Identitäten und Orientbilder. Eine ethnologische Kritik, in: Walter Dostal/Helmut A. Niederle/Karl R. Wernhart (Hg): Wir und die Anderen. Islam, Literatur und Migration. Dokumentation des Symposiums, Wien, 29–34.
- Hüttermann, Jörg (2006). Das Minarett. Zur politischen Kultur des Konflikts um islamische Symbole, Weinheim/München.
- Kritzinger, Sylvia/Franz Steinbauer (2005). Österreich und die Türkei: Im Minenfeld zwischen rationalen Argumenten und historisch-kulturellen Vorbehalten, in: Angelos Giannakopoulos/Konstadinos Maras (Hg.): Die Türkei-Debatte in Europa. Ein Vergleich, Wiesbaden, 107–124.
- Kühnel, Steffen/Jürgen Leibold (2007). Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: Ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name? Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit 2003 bis 2005, in: Monika Wohlrab-Sahr (Hg): Konfliktfeld Islam in Europa. Soziale Welt, Sonderband 17, Baden-Baden, 135–154.
- Mannheim, Karl (1964). Wissenssoziologie, Neuwied.
- Pitt-Rivers, Julian (1992). Das Gastrecht, in: Almut Loycke (Hg.): Der Gast, der bleibt. Dimensionen von Georg Simmels Analyse des Fremdseins, Frankfurt, New York, 1992, 17–43.
- Schiffauer, Werner (2007). Der unheimliche Muslim – Staatsbürgerschaft und Zivilgesellschaftliche Ängste, in: Monika Wohlrab-Sahr (Hg): Konfliktfeld Islam in Europa. Soziale Welt, Sonderband 17, Baden-Baden, 111–134.
- Statistik Austria (2001). Statistiken. Bevölkerung nach demografischen Merkmalen. Internet: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/index.html.
- Statistik Austria (2006). Pressemitteilung 8.601–110/06. Internet: http://www.statistik.gv.at/web_de/presse/pressemitteilungen_vorjahr/012058?year=2006.

Internetquellen

- Homepage der Bürgerinitiative Dammstraße: www.moschee-ade.at
- Homepage des European Monitoring Centre: <http://eumc.europa.eu/fra/index.php?lang=EN>
- Homepage der Freiheitlichen Partei Österreichs: www.fpoe.at

Teilnehmende Beobachtung

- Infoabend der Bürgerinitiative Dammstraße in Form einer Podiumsdiskussion „Islam – Eine Religion für Österreich?“ am 10. April 2008 im Brigittenauer Stadl, 1200 Wien

Interviews

- Mitglieder des Verein ATIB am 8. Mai 2008
- Hannelore Schuster, Sprecherin der Bürgerinitiative Dammstraße am 9. Mai 2008
- Nihat Koca, Schriftführer des Vereins ATIB am 28. Mai 2008
- Ruth Dögl, Bezirksobfrau der Grünen Brigittenau am 9. Mai 2008
- Hannes Derfler, SPÖ-Bezirksvorsteher der Brigittenau am 22. August 2008

Medienbeobachtung

- von 1. Jänner 2007 – 1. August 2008 in folgenden Tageszeitungen:
Der Standard, Die Presse, Kurier, Die Neue Kronen Zeitung, Österreich

Sonstige Materialien

- Protokoll der moderierten Gespräche zur Dammstraße 37
- Flugblätter: Bürgerinitiative Dammstraße, FPÖ, Die Grünen

AUTORINNEN

Jana KÜBEL, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft; Forschungsinteressen: Islamophobie, ethnonationale Konflikte, Erinnerungspolitik.

E-mail: janakuebel@hotmail.com

Daniela PFEFFER, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft und Orientalistik; Forschungsinteressen: Islam und Nahost-Politik.

E-mail: a0305340@univie.ac.at

Katharina STÖBICH, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft; Forschungsinteressen: Friedens- und Konfliktforschung mit Schwerpunkt Nahost-Politik.

E-mail: k.stoebich@gmx.at

Ein wichtiger Beitrag im Diskussionsprozess



Nikolaus Dimmel, Josef Schmee (Hg.)

Die Gewalt des neoliberalen Staates

Vom fordistischen Wohlfahrtsstaat zum repressiven Überwachungsstaat

facultas.wuv 2008, 567 Seiten, broschiert
ISBN 978-3-7089-0228-9, EUR 39,-

Thema des Bandes ist der Strukturwandel des Staates unter dem Vorzeichen seiner neoliberalen Umgestaltung. Der Band gliedert sich in einen theoretischen und einen empirisch ausgerichteten Teil. Die verschiedenen Phänomene der Ausdifferenzierung von Staatsfunktionen seit den 1990er Jahren in Österreich sind hier erstmals Gegenstand kritischer Analysen. Gezeigt werden unter anderem der Wandel im Rahmen der Privatisierung des bislang öffentlichen Gewaltmonopols, die zunehmende Selektivität staatlichen Handelns bzw. gruppenbezogene Repressivität bei gleichzeitiger Rücknahme sozialstaatlicher Sicherungsversprechen.

www.facultas.at

facultas.wuv